Nr. 20. Dienstag, den 14. Januar 1919. — Abend-Ausgabe. 33. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags und nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 2,60 vierteljährlich ℳ 7,80 frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition, in den Filialen und bei den Straßenhändlern 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 4,—. Buchhandlung: Erdgeschoß Buchdruckerei-Kontor l. Stock. Fehlandstr. 11.

Redaktion: Fehlandstraße 11. I. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11. Erdgeschoß.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 35 ₰ zuzüglich Teuerungszuschlag von 20%. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11. Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends), in den Filialen (bis 8 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.

## An die Heimgekehrten!

Eine eigenartige Erscheinung, die sich durch den ganzen bisherigen Verlauf der deutschen Revolution wie etwas anscheinend Unheilbringendes zieht, ist, daß sich die Heimkehrenden Truppen und die neuen revolutionären Gewalten mit unverkennbarem Mißtrauen begegnen. Ein Mißtrauen, das sich gelegentlich zu direkter Feindschaft steigerte. Abgesehen von solchen Extremen, wie sie sich in den Allensteiner Vorgängen darbieten, zeigt sich uns im großen und kleinen immer dasselbe Bild, wofür besonders die Zwischenfälle bei der Heimkehr des Regiments 75 in Bremen ein lehrreiches Beispiel bieten. Ueberall versteckte Gegnerschaft und bohrende Unzufriedenheit bei dem im Kampf um Forderungen Unterliegenden. Und dabei ist es klar, daß beide Teile nach Möglichkeit dasselbe wollen: die Errungenschaften der Revolution sichern.

Wie weit das Verhalten der Fronttruppen auf reaktionäre Einflüsse zurückzuführen ist, sei hier offen gelassen. Aber jeder, der einige Jahre an der Front war, weiß, daß der Frontsoldat der fürchterlichste Revolutionär war, allerdings nur für sich oder im Kreise einiger Kameraden; sobald er sich aber im größeren Verband befand, war er, wenn auch widerwillig, Soldat; die zur ersten Natur gewordene Disziplin lähmte ihn. Er, der früher bei Demonstrationen oder bei Streiks zum stolzesten Bewußtsein seines persönlichen Rechts nur dann gelangte, wenn er sich der Masse anschloß und in ihr aufging, er wurde, wenn er sich als Soldat zur Masse formierte, von der verhaßten militärischen Gewalt niedergedrückt und fühlte sich einsamer, hilfloser und unbedeutender, als wenn er allein stand. Und seine Nachbarn zu links und rechts dachten und fühlten dasselbe, ohne daß dieses gleiche Fühlen und Denken, das persönlich abgeschlossen für sich in Reih und Glied stand, die Möglichkeit hatte, wie eine überwältigende Flut die einzelnen in ihrem Elemente zu verbinden. Und erscholl einmal vor ihrer Masse aus einem übervollen gequälten Herzen ein mit echtester Begeisterung und heißester Freiheitssehnsucht hinausgeschriebenes Wort, so war es dem einzelnen, als erwache er langsam aus einem bleiernen Halbtraum, und ehe er sich zur unterstützenden Tat aufraffen konnte, wurde der einsam Verwegene von den brutalen Machthabern abgeführt. Das, was ihn quälte, was er mit Ingrimm haßte, konnte er nur im kleinen Kreise laut werden lassen. Die begeisternde Gewalt eines massenhaften Zusammenstehens verlor sich allmählich für ihn in den utopischen Dunst gewesener Zeiten; er wurde eigenbrödlerisch, mißtrauisch und verschlossen gegen andere und glaubte nur noch an sich.

So verlor er, ohne daß es ihm recht klar wurde, den idellen Zusammenhang mit der Heimat, die immer noch in dem Prinzip der Solidarität und dem absoluten Recht der Mehrheit, zu herrschen, ihre einzige Rettung sah. Tiefer als alles andere haßte er den Zwang, und als nach erfolgter Umwälzung einige Heißsporne einen terroristischen Druck dahin ausübten, daß jeder seine ehrliche revolutionäre Gesinnung durch Abreißen von Kokarden und Achselklappen bekunden sollte, da sträubte sich die Mehrzahl heftig gegen diesen Zwang, ob ihr der Gegenstand auch im Grunde genommen gleichgültig geworden war. Wie oft hatte der mühselig sich hinschleppende Fußsoldat seine drückende „Knarre" verwünscht, mit grausigen Flüchen den Augenblick herbeisehnend, da er sie endgültig in die Ecke werfen könne! Und welch' ein Murren der Entrüstung und der Widersetzlichkeit wurde in den Reihen unserer vollkommen revolutionären Truppe laut, als wir auf dem Bahnhof unseres Bestimmungsortes aufgefordert wurden, unsere Waffen abzugeben! Den besonnen und objektiv denkenden Elementen war die schließliche Einigung zu danken. Aber eine unbestimmte Unzufriedenheit blieb zurück.

Und welches war die Ursache dieser paradoxen Erscheinung? Der Frontsoldat, der durch die inspirierten Zeitungsartikel und Reden mit der ewig sich wiederholenden Phrase vom „feldgrauen Helden" allmählich zu der unklaren Meinung gekommen war, daß die Heimat ohne ihn hilflos und zu keiner Unternehmung fähig sei, sah sich plötzlich bei seiner Rückkehr vor die vollendete Tatsache der Revolution gestellt; er hatte wieder ein mal weiter nichts zu tun, als sich dem Bestehenden zu fügen und unterzuordnen, und zu der bitteren Erkenntnis von den vertriebenen Gewalten in schamlosester Weise hintergangen worden zu sein, gesellte sich das nagende Gefühl, daß er zur Gestaltung des neuen Deutschlands eigentlich überflüssig sei. Die Revolution war ohne ihn vollendet; er hatte, wenn auch zustimmend, sich doch durch die ungünstigen Verhältnisse nur passiv verhalten können und so ist es erklärlich, wenn er, in formierter Masse in seinem Heimatsort erscheinend, triebartig sich dazu verleiten läßt, auf seine Macht zu pochen. Denn er, als ein bisher maßgebender Faktor, will sich nicht als überflüssig übergangen sehen, dies besonders nicht, wenn er örtliche Gewalten antrifft, die in terroristischer Form sich durch den ihm verhaßten Zwang zu erhalten suchen. Der Glaube an die Macht der Masse war ihm durch die Revolution wieder aufgegangen und nun fühlte er sich enttäuscht, als er, zum ersten Male seit Jahren wieder im Bewußtsein seiner persönlichen Macht im Heimatsort erscheinend, sehen mußte, daß trotz seines Eintreffens alles seinen vorgeschriebenen Gang weiterging. Und er, der so gern tätig mitgearbeitet hätte, mußte sich wieder unterordnen und praktisch passiv verhalten.

Kameraden, die Ihr zurückgekehrt seid, ich glaube, daß viele von Euch dasselbe empfunden haben. Aber Ihr dürft nicht in unklarer Abneigung gegen das durch die Revolution Geschaffene abseits stehen. Werdet Euch darüber klar, daß erst in den Wahlkämpfen zur Nationalversammlung der eigentliche dauernde Grund gelegt wird, auf dem unser neues Vaterland sich gestalten wird. Seid Euch klar darüber, daß jeder einzelne in diesen Kämpfen durch die Macht seiner Stimme für das Wohl des Vaterlandes viel wichtiger ist, als in den tierischen Kämpfen, die Ihr für die Interessen einer verbrecherischen Klasse geführt habt. Damals zogen wir in den Kampf, gefüttert mit Phrasen; sie nannten uns „feldgraue Helden" und dankten uns unsere Leiden durch Lügen und Knechtschaft; in den Wahlkämpfen streitet jeder für sein eigenes Interesse; jeder weiß, was er zu erwarten hat, und daß es sich um seine und seiner Kinder Zukunft handelt und jeder hat den Erfolg sich selbst zu danken.

Kameraden! Denkt an die Vergewaltigungen, die Ihr während der vier Kriegsjahre erlitten habt; nur die Vorherrschaft der rechtsstehenden Parteien, welche jetzt als echte Freibeuter unter falscher Flagge auf dem bewegten Meer der Politik nach Beute suchen, nur der reaktionäre Klassendünkel hat solche unwürdigen, barbarischen Zustände ermöglicht. Hütet Euch vor jeglichem Zwang, den ihr immer gehaßt habt und der jetzt als terroristisches Ungeheuer von einer verschwindenden Minderheit, die kaum ein Verantwortlichkeitsgefühl zu verlieren hat, droht. Denkt daran, daß die Sozialdemokratie immer, auch unter den schwierigsten Verhältnissen, das Recht der Mehrheit, zu herrschen und das Recht des einzelnen, frei zu sein, vertreten und gefordert hat!

A. A.

## Wahlvorschläge für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung im 37. Wahlkreis.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des unterzeichneten Wahlkommissars vom 28. Dezember 1918 werden hierunter gemäß § 28 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs und in der Form, in der sie zugelassen sind, bekanntgemacht.

### 1. Wahlvorschlag Stolten.
(Sozialdemokratische Partei.)

1. Redakteur Otto Stolten in Hamburg, Schmilinskystr. 25,
2. Volksschullehrer C. August Hellmann in Hamburg, Hasselbrookstr. 11,
3. Gewerkschaftsangestellter Karl Deichmann in Neuenland bei Bremen, Katlenburmer Heerstr. 9,
4. Gewerkschaftssekretär Karl A. Hense in Hamburg, Schleidenplatz 8, 1. Et.,
5. Ehefrau Johanne Reitze, geb. Leopolt, in Hamburg, Eilbektal 62, 3. Et.,
6. Gewerkschaftsangestellter Carl Winkelmann in Bremen, Bunsenthorsteinweg 124,
7. Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes Friedrich Paeplow in Hamburg, Wallstr. 1,
8. Genossenschaftssekretär Friedrich Peine in Bremen, Geeren 6/8,
9. Eisendreher Peter Petersen in Hamburg, Kielerstr. 29, Haus 25, 1. Et.,
10. Ehefrau Maria Bautz in Hamburg, Wendenstr. 297, 3. Et.,
11. Parteisekretär Heinrich Stubbe in Hamburg, Henriettenstraße 9,
12. Kaufmann Josef Rieger in Neu-Rahlstedt, Schillerstr. 5.

### 2. Wahlvorschlag Henke.
(Unabhängige sozialdemokratische Partei.)

1. Redakteur Alfred Henke in Bremen, Sulingerstr. 33,
2. Ehefrau Linchen Baumann in Hamburg, Lohkoppelstraße 46,
3. Redakteur Wilhelm Bartz in Lehe i. H., Körnerstr. 32,
4. Parteisekretär Paul Bergmann in Hamburg, Grevenweg 70,
5. Tabakarbeiter Albin Kerrl in Bremen, Neuenstr. 34,
6. Lagerhalter Hermann Reich in Hamburg, Borstelmannsweg 88,
7. Schlosser Karl Bäcker in Schönebeck bei St. Magnus, Bremerchaussee 14,
8. Werkmeister Lambert Willems in Bremen, Herdenthorsteinweg 21,
9. Schlosser Paul Wagner in Hamburg, Humboldtstr. 131,
10. Expedient Adam Frasunkiewicz in Hemelingen bei Bremen, Karlstr. 73,
11. Schmied Walter Rühl in Hamburg, Heusweg 94,
12. Arbeiter Ernst Thälmann in Hamburg, Siemssenstraße 4.

### 3. Wahlvorschlag Nölting.
(Zentrum.)

1. Kaufmann Edgar Nölting in Hamburg, Rothenbaumchaussee 134,
2. Vorsitzende des Gauverbandes Hamburg des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands Frau Hedwig Fuchs in Hamburg, Reiherquai,
3. Großkaufmann Gustav Pelizaeus in Bremen, Capriviстraße 9,
4. Oberpostsekretär Wilhelm Hagedorn in Bremen, Mecklenburgerstr. 33,
5. Metallarbeiter Georg Vogler in Hamburg, Mesterkamp 44,
6. Rechtsanwalt Dr. jur. Carl Hertel in Bremen, Osterdeich 84,
7. Vorsitzende des Zweigvereins Hamburg des Katholischen Frauenbundes Deutschlands Agnes Schramm in Hamburg, Tesdorpfstr. 9,
8. Rektor Franz Fehlig in Lehe, Hafenstr. 103,
9. Baumeister Emil Brettschneider in Hamburg, Mansteinstr. 41,
10. Gewerkschaftssekretär Johann Dotzler in Bremen, Landwehrstr. 125/127,
11. Vorarbeiter Georg Märkl in Blumenthal (Hannover), Grenzstr. 41,
12. Fabrikant Franz Neureuter in Hamburg, Gr. Allee 53.

### 4. Wahlvorschlag Alpers.
(Deutsch-Hannoversche Partei.)

1. Reichstagsabgeordneter Lehrer Ludwig F. J. Alpers in Hamburg, Tesdorpfstr. 12,
2. Gutsbesitzer Franz von der Decken in Laumühlen bei Hechthausen,
3. Landwirt Johann Heinrich Meyer in Bülkau,
4. Professor Dr. Edmund Hoppe in Hamburg, Richardstraße 56,
5. Sanitätsrat Dr. Karl Brackmann in Bremerhörde,
6. Arbeiter Heinrich Wehlen in Stade,
7. Kaufmann August Prüsse in Bremen, Orleansstr. 64,
8. Hofbesitzer Peter Giese in Mittelnkirchen, Muddweg,
9. Schiffer Jürgen Oltmann in Dornbusch, Kreis Kehdingen,
10. Hofbesitzer Heinrich Bammann in Walle, Kreis Verden,
11. Geschäftsführer Georg Schriefer in Geestemünde,
12. Stellmachermeister Peter Timmermann in Lehe.

### 5. Wahlvorschlag Petersen.
(Deutsche demokratische Partei, Hamburg.)

1. Senator Dr. Carl Petersen in Hamburg, Gaedechensweg 16,
2. Lehrerin Dr. Gertrud Bäumer in Hamburg, Scheffelstraße 30,
3. Beamter Christian Koch in Hamburg, Zimmerstr. 37,
4. Gewerbetreibender Johannes Büll in Hamburg, Heußweg 3,
5. Kaufmann Carl Cohn in Hamburg, Adolphsbrücke 4,
6. Kaufmann Carl Jönsson in Hamburg, Elsastr. 23,
7. Arbeitersekretär Gerhard Meuthen in Hamburg, Marcusstraße 18,
8. Geschäftsführer des Hamburger Ausschusses für Siedlungswesen Carl Mönckeberg in Hamburg, Badestr. 7,
9. Oberpostsekretär Carl Ritscher in Hamburg, Hudtwalckerstraße 18,
10. Angestellter Henry Schaper in Hamburg, Immenhof 26,
11. Tischlermeister Wilhelm Schweimler in Hamburg, Wandsbeckerstieg 65,
12. Hausfrau Bertha Wendt in Hamburg, Wrangelstr. 9.

### 6. Wahlvorschlag Böhmert.
(Deutsche demokratische Partei, Bremen-Stade.)

1. Direktor des Statistischen Amts in Bremen Dr. Wilhelm Böhmert,
2. Legationsrat und Gutsbesitzer Hartmann Freiherr von Richthofen in Wendenhof bei Schwerin i. M.,
3. Pastor Hugo Knoop in Oerel, Kreis Bremervörde,
4. Direktorin der Bildungsanstalt des Frauen-Erwerbs- und Ausbildungsvereins in Bremen Agnes Heineken,
5. Lehrer Johannes Cordes in Bremerhaven,
6. Beamter der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft in Bremen Wilhelm Pieper,
7. Arbeitersekretär Hermann Meschkat in Bremen,
8. Gerichtsvollzieher Karl Dreyer in Zeven,
9. Mittelschullehrer Gerhard Böcker in Stade,
10. Kaufmann Martin Wencke in Blumenthal,
11. Bürgermeister Carl Straat in Scharmbeck,
12. Ehefrau Minna Bahnson in Bremen.

### 7. Wahlvorschlag Buchmann.
(Deutschnationale Volkspartei, Hamburg.)

1. Kaufmann Ernst August Buchmann in Hamburg, Hardestehuderweg 118,
2. Rechtsanwalt Alfred Jacobsen in Hamburg, Juratenweg 1,
3. Obermeister der Klempnerinnung Karl A. Gutknecht in Hamburg, Hoheweide 5,
4. Rechtsanwalt Dr. Augustus Friedrich Vorwerk in Hamburg, Gröningerstr. 10,
5. Frau Anna Schaper in Hamburg, Gurlittstr. 25,
6. Oberlandesgerichtsrat Dr. Andreas Koch in Hamburg, Hagedornstraße 49, Part.,
7. Oberlehrerin Ilse von Arnoldi in Hamburg, Cäcilienstraße 12, 2. Et.,
8. Handlungsgehilfe Alfred Diller in Hamburg, Tarpenbeckstraße 48,
9. Pastor Karl Reimers in Hamburg, Hochallee 45,
10. Kaufmann Hans P. E. Brettschneider in Hamburg, Mittelweg 56 a,
11. Lehrer Wilhelm Brandt in Cuxhaven, Friedrichstr. 37,
12. Kaufmann Paul Hermann Rodatz jr. in Hamburg, Hermannstraße 32/34.

### 8. Wahlvorschlag Mahlstaedt.
(Deutschnationale Volkspartei, Bremen.)

1. Rechtsanwalt Bruno Mahlstaedt in Bremen, Staderstraße 25,
2. Landwirt Johann Depken in Bremen, Schwachhauser Heerstraße 205,
3. Oberlehrerin Mathilde Plate in Bremen, Chemnitzerstraße 15,
4. Augenarzt Professor Dr. Grunert in Bremen, An der Brake 5,
5. Oberpostsekretär Justus Haverkamp in Bremen, Lahnstraße 27,
6. Vorsitzende des Deutsch-evang. Frauenbundes, Bezirk Bremen, Anna Iken in Bremen, Hornerstr. 74,
7. Oberbahnhofsvorsteher Hermann Schirmer in Bremen, Humannstraße 3,
8. Buchdruckereibesitzer Karl Schierenbeck in Bremen, Neuenstraße 7.

### 9. Wahlvorschlag Schöttler.
(Deutschnationale Volkspartei, Stade.)

1. Kreistierarzt Dr. Schöttler in Oberndorf, Kreis Neuhaus,
2. Pastor Voß in Büttel, Kreis Geestemünde,
3. Regierungsbaumeister Walter Wellmann in Geestemünde,
4. Zimmermeister Martin Otte in Hollern, Kreis Jork,
5. Domänenpächter Ehlermann in Luhne, Kreis Rotenburg,
6. Lehrer D. Nic. Ossenbrügge in Cuxhaven,
7. Klostergutspächter Georg Weidenhöfer in Burg Sittensen, Kreis Zeven,
8. Hofbesitzer Ehlers in Esch bei Freiburg a. d. Elbe.

### 10. Wahlvorschlag Witthoefft.
(Deutsche Volkspartei.)

1. Kaufmann Heinrich Witthoefft in Hamburg, Carlstraße 33,
2. Schulrat Hermann Otto in Stade, Schiffertorstr. 42,
3. Frau Emma Ender in Hamburg, Armgartstr. 20,
4. Kaufmännischer Vorsitzender der Detaillistenkammer Wilhelm Möhl in Hamburg, Schäferkampsallee 78,
5. Beamter Carl Grevsmühl in Hamburg, Hegestr. 52,
6. Drechslermeister Johannes Hirsch in Hamburg, Brandstwiete 42,
7. Landwirt und Fleckenvorsteher Rudolf Löhden in Horneburg a. d. Unterelbe,
8. Frau Ida Dehmel in Blankenese, Westerstr. 5,
9. Bankier Cornelius Freiherr v. Berenberg-Gossler in Hamburg, Fontenay 8,
10. Rentier Theodor Held in Berlin-Wilmersdorf, Prinz-Regenten-Straße 89,
11. Technischer Beamter Dr.-Ing. Max Rehder in Hamburg, Andreasstr. 22,
12. Direktor Dr. Oscar Ruperti in Hamburg, Badestr. 17.

*

Von diesen Wahlvorschlägen sind durch die Vertrauensmänner übereinstimmend bis zum 12. d. M. beim Wahlkommissar schriftlich für miteinander verbunden erklärt worden:

I. die Wahlvorschläge Buchmann, Mahlstaedt und Schöttler,
II. die Wahlvorschläge Nölting und Alpers,
III. die verbundenen Wahlvorschläge Buchmann-Mahlstaedt-Schöttler und die verbundenen Wahlvorschläge Nölting-Alpers,
IV. die verbundenen Wahlvorschläge Buchmann-Mahlstaedt-Schöttler sowie Nölting-Alpers und der Wahlvorschlag Witthoefft,
V. die Wahlvorschläge Stolten und Henke,
VI. die Wahlvorschläge Petersen und Böhmert.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten bei der Ermittelung des Wahlergebnisses den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Es sind nur Personen wählbar, deren Namen in einem der oben bekanntgegebenen Wahlvorschläge enthalten sind. Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen dieser Wahlvorschläge entnommen sein. Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn er nicht wenigstens den Namen eines in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerbers oder wenn er Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthält. Ein Stimmzettel, der einen oder mehrere einem einzigen Wahlvorschlag entnommene Namen enthält, wird diesem Wahlvorschlag in der Weise zugerechnet, daß er ohne Rücksicht darauf, wie viele Namen er enthält, als eine Stimme für diesen Wahlvorschlag gezählt wird.

Hamburg, den 12. Januar 1919.

**Der Wahlausschuß für den 37. Wahlkreis.**

Schaefer. L. Gruenwaldt. Fr. Pappiér.
P. M. Robinow. Scholz.

## Auch die in Deutschland wohnhaften Deutsch-Oesterreicher wählen zur Nationalversammlung.

Das deutsch-österreichische Generalkonsulat teilt mit:

**Zwecks Ausübung des Wahlrechts erhalten alle in einer Gemeinde Deutsch-Österreichs heimatsberechtigten, in Hamburg und Umgebung wohnhaften Bürger der deutsch-österreichischen Republik, welche am 19. Januar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben, über ihr Ersuchen auf Grund des durch Reisepaß beziehungsweise Heimatschein zu erbringenden Nachweises ihrer Staatsangehörigkeit in Deutsch-Oesterreich seitens des österreichisch-ungarischen Generalkonsulats die erforderliche Bescheinigung.**

Wir fordern deshalb alle deutsch-österreichischen Sozialdemokraten, die in Hamburg-Altona, Wandsbeck und Umgegend wohnen, dringend auf, sich schleunigst die erforderliche Bescheinigung über ihre deutsch-österreichische Staatsangehörigkeit vom Generalkonsulat, Beneckestraße 48, Hamburg, zu verschaffen und am Wahltag Sonntag, 19 Januar, in dem Bezirk, in dem sie wohnhaft sind, ihr Wahlrecht auszuüben.

## Politische Nachrichten.

### Der Uebermut des Siegers.

Unter dem 13. Januar teilt WTB. mit:

Die deutsche Regierung ließ heute der Entente über die schwebenden Finanzfragen folgende Note überreichen: Bei den in Mainz über die Anwendung des Artikels 18 der Waffenstillstandsbedingungen stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die das höchste Maß dessen darstellt, was Deutschland seit der Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Es werden darin erstlich in sachlicher Beziehung Forderungen gestellt, die in keinem Zusammenhang mehr gebracht werden können zum Artikel 18 der Waffenstillstandsbedingungen, wonach die Werte, die den Alliierten als Sicherheit für die Entschädigungsansprüche dienen könnten, ihnen nicht entzogen werden sollten. Die Forderungen der Entente können vielmehr lediglich dazu dienen, die finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, jeder Ausgang fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht, es wird, im Gegensatz zu den seinerzeit in Trier ausdrücklich gemachten Zusicherungen erklärt, daß die Genehmigung auch insoweit erforderlich sei, als ein deutsches Verfügungsverbot nicht bestehe. Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen, Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche Private im Auslande aufgenommen haben, soll genehmigungspflichtig sein. Desgleichen soll von der Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Auslande Funktionen ausüben können. Die von der Reichsbank bewilligten Devisen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Es werden genaueste Inventare und Verzeichnisse über alle nur irgendwie denkbaren Materialien verlangt. Zweitens aber entfernt sich der Ton der Note, aus dem die unverhohlene Freude spricht, Deutschland schädigen und demütigen zu können, vollkommen und wesentlich von dem Ton, der bisher seit der Einstellung der Feindseligkeiten üblich war. So wird, abgesehen von der im zwischenstaatlichen Verkehr durchaus zu beanstandenden Diktion im einzelnen im Artikel 8 erklärt, daß die Note nicht etwa das Resultat einer Vereinbarung sei, sondern lediglich vorläufige Anweisungen des Finanzkommissars an die deutsche Regierung wiedergebe, deren Abänderung, Ergänzung und Verschärfung er sich jederzeit vorbehalte.

Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note die nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein. Sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Grenze dessen angelangt, was es hinnehmen kann. Die deutsche Regierung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 14 des Waffenstillstandsvertrages einen Weg finden werden, dem zu folgen die Würde Deutschlands gestattet. Die deutsche Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, wie es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Regierungen auf folgendes hinzulenken: In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Wilsonschen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es danach zu vergewaltigen. Die Beibehaltung der Blockade, die Hinausschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln und die wirtschaftliche und politische die Hinausschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln und die wirtschaftliche und politische Absperrung zwischen dem linken und dem rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksam. Im Vertrauen auf die Note Lansings vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer den weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinausögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zur vorherigen wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands handhaben und ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jeden menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für die Versöhnung der Völker ersticken müßte und für das es kein Verzeihen und kein Vergessen gäbe.

gez. Brockdorff-Rantzau.

### Nachklänge von den Berliner Vorgängen.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

Der „Vorwärts" veröffentlicht heute Morgen in Faksimile auf der ersten Seite ein Schriftstück vom 6. Januar, wonach der Revolutions-Ausschuß die Regierung Ebert—Scheidemann für abgesetzt erklärt und die Regierungsgeschäfte vorläufig übernimmt. Dieses Schriftstück wurde von etwa 300 Bewaffneten, unter Führung eines Matrosen, im Kriegsministerium vorgewiesen, worauf das Kriegsministerium besetzt werden sollte. Der Leutnant Hamburger erklärte jedoch, daß die mit der Maschine gegebenen Unterschriften nicht ausreichten, die Proklamation müßte handschriftlich unterschrieben sein. Darauf holte der Matrose die Original-Unterschriften von Liebknecht, Paul Scholze und für den augenblicklich abwesenden Ledebour auch von Liebknecht ein. Damit ist der urkundliche Beweis geliefert, daß eine Gruppe, die soeben bei den Wahlen in Württemberg noch nicht 8 pZt. sämtlicher Stimmen erhalten hat, sich erlauben wollte, ihren Willen den übrigen 97 pZt. aufzuzwingen. Die Schuld an dem Blutvergießen liegt klar vor aller Welt.

Unter der Ueberschrift „Fünf Tage Verhandlungen, und dann erst Sturm auf den „Vorwärts", berichten die Reichsleitung und der Zentralrat über den Gang der Verhandlungen. Es wird darin festgestellt, daß Spartakus die Teilnahme an den Verhandlungen ablehnte, daß aber auch die Unabhängigen und die revolutionären Obleute die Räumung des „Vorwärts" bis zuletzt verweigert haben. Auf ihren Wunsch wurde der für die Nacht zum 9. Januar wohl vorbereitete Angriff auf Zurückeroberung des „Vorwärts" aufgeschoben. Aber auch danach blieben die Bemühungen der Achter-Deputation um die Freigabe des „Vorwärts" ohne Erfolg. Am 10 Januar kam eine Deputation der 40 000 Arbeiter und Angestellten, die durch die Stillegung der Zeitungen betroffen waren, zu Eichhorn. Dieser war allenfalls bereit, die bürgerlichen Zeitungen freizugeben, wenn sie sich einen Zensor gefallen ließen, und die Regierung sich schriftlich verpflichte, daß nach Räumung der Gebäude die Regierung keine Truppen in die Druckerei legen und der Zensor in seiner Arbeit nicht behindert würde. — Zum Schlusse erklärt die Regierung, daß längeres Zuwarten schon deshalb nicht möglich war, weil doch wenigstens acht Tage vor den Wahlen die Preßfreiheit endlich hergestellt werden müßte.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, sind nach oberflächlicher Schätzung durch Diebstähle und durch die Erstürmung des Gebäudes bis heute schon mindestens 1½ Millionen Mark Schaden zu verzeichnen. Es wurde u. a. auch versucht, verschiedene Geldschränke zu knacken.

Alle in Berlin gebildeten oder noch in der Bildung begriffenen Wehren werden zu einer republikanischen Schutztruppe zusammengefaßt. Die Zentralstelle ist im Reichstag. Zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit sollen so bald wie möglich fliegende Wachen eingerichtet werden, die mit Kraftwagen ausgerüstet immer unter Alarmbereitschaft stehen. Außerdem sollen Patrouillen Tag und Nacht alle Stadtteile durchstreifen. Am Wahltage wird durch starkes Aufgebot von Patrouillen und Wachen die Wahlfreiheit gesichert werden.